

derter. Nur durch die Kraft der Parteiorganisation gelang die Überwindung dieser Hemmnisse und die Durchsetzung eines neuen Arbeitsstils.

Nachdem Genosse Walter Ulbricht auf dem 33. Plenum des Zentralkomitees im Oktober 1957 alle Parteiorganisationen auf den schnellen Bau der Offenställe orientiert hatte, gab es im Bezirk Rostock eine Fülle von Projekten. Jeder Kreis bemühte sich, möglichst sein kreiseigenes Projekt zu entwickeln. Das zentrale Projekt „Brandenburg“ wurde von den Räten der Kreise abgelehnt, weil es nur die Selbstfütterungsanlage vorsah. Vor lauter Projekten kam man jedoch nicht zum Bauen. Kostbare Zeit ging verloren. Diesem Zustand wurde durch das energische Eingreifen der Bezirksleitung ein Ende gesetzt. Die Genossen beim Rat des Bezirkes erhielten den Auftrag, einen einheitlichen Typ festzulegen, der Portions- und Selbstfütterung miteinander verbindet. Dieser Typ wurde dann mit Kostenplänen und Materiallisten den Räten der Kreise übergeben und sein Bau am 10. Dezember 1957 vom Bezirkstag Rostock beschlossen.

Wer jedoch glaubte, daß nach dem Beschluß des Bezirkstages der Rat des Bezirkes und die Räte der Kreise mit aller Kraft unter Einbeziehung breiter Schichten der Bevölkerung den Bau der Rinderoffenställe in Angriff nehmen würden, sah sich getäuscht. Die ungenügende ideologische Arbeit der Parteiorganisationen im Staatsapparat, die sich zuwenig mit der Entwicklung eines neuen Arbeitsstils bei der Durchsetzung der Parteibeschlüsse beschäftigten, begünstigte die Fortexistenz der alten bürokratischen Arbeitsweise. Von der Staatlichen Plankommission, Abteilung Forstwirtschaft, kam z. B. in Durchführung eines Dienstauftrages der Genosse Richter in den Bezirk Rostock. Er vertrat die Meinung, daß der Beschluß des Bezirkstages ungesetzlich sei, weil der Bezirk für den Bau dieser Offenställe noch keine Holzfreigabe hätte. Unsere Genossen, so u. a. der Unterabteilungsleiter für Forstwirtschaft, Genosse Schmidt, der Mitarbeiter der Plankommission, Genosse Feider, ließen sich von dieser Argumentation beeinflussen und bremsten dadurch den beschlossenen Bau der Offenställe. Vor dem Rat erklärte Genosse Schmidt, daß der Holzeinschlag für die Offenställe erst im Oktober 1958 beendet werden könne, weil es angeblich an -Arbeitskräften im Staatswald mangle. Er sah keine anderen Möglichkeiten. Die Genossen des Rates bestanden jedoch darauf, daß der Holzeinschlag sofort verstärkt durchzuführen sei, und zwar unter Einbeziehung der Genossenschaftsbauern, der Landarbeiter der volkseigenen Güter, der Mitarbeiter der MTS, der Arbeiter der Baubetriebe und nicht zuletzt der übrigen Bevölkerung der Dörfer.

Auch die Grundorganisation in der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Bezirkes setzte sich mit den falschen Auffassungen und dem überlebten bürokratischen Arbeitsstil der Genossen auseinander. Jetzt zeigte sich deutlich, daß es ohne ideologische Auseinandersetzungen nicht möglich ist, neuen, lebendigen Formen der Arbeit zum Durchbruch zu verhelfen. Nachdem Klarheit über die zu lösende Aufgabe und ihre politische Bedeutung in den Köpfen der Genossen und Mitarbeiter des Staatsapparates herrschte, konnten plötzlich von überall her freiwillige Helfer für den Holzeinschlag gewonnen werden. Was zuerst unausführbar schien, war nun möglich. Durch die mobilisierende Kraft der Werktätigen wurde das Holz für sämtliche 280 Offenställe bis Ende März eingeschlagen. Damit konnte der vom Rat im Januar der Abteilung Landwirtschaft gesetzte Termin für die Beendigung des Holzeinschlages um zwei Monate unterboten werden. Genosse Schmidt zog die richtige Schlußfolgerung, als er sagte: „In Zukunft werden wir bei allen durchzuführenden Aufgaben uns